

Pressemitteilung vom 29.5.2016:

Politiker antworten www.rentenpolitikwatch.de:

Sehr unterschiedliche Reaktionen von 96 Abgeordneten nach den ersten fünf Wochen.

Nahezu 90 % der Wahlberechtigten gaben in einer repräsentativen Emnid-Umfrage an, dass sie eine Partei, welche die Renten kürzen will, nicht wählen würden. Sie haben ein Recht auf klare Informationen über das, was die Politikerinnen und Politiker in Sachen Rente zu tun beabsichtigen.

In diesem Sinne haben wir alle 630 Bundestagsabgeordneten angeschrieben und aufgefordert, sich zu fünf zentralen Fragen zu äußern. Sie sollen damit ihren Wählern Auskunft geben.

Wir erwarten, dass sich die Politiker ernsthaft mit der Rentenproblematik auseinandersetzen. Denn in den vergangenen Jahren ist über eine Reihe von Gesetzen ein sozial- und gesellschaftspolitischer Sprengstoff angerührt worden, den es zu entschärfen gilt.

Wenn diese Situation von Kräften ausgenutzt wird, die am rechten Rand anfangen, Enttäuschte zu fischen, sollten die Alarmglocken läuten.

Unser Ziel ist es, dass die bis jetzt vorhandenen Positionen nicht einfach zementiert werden. Wir wollen, dass Politiker und Parteien sich ernsthaft mit den sehr wichtigen Themen **Rentenniveau, Altersarmut und Würde der älteren Menschen** beschäftigen.

Wir wollen eine Änderung der bisherigen unsozialen und falschen Positionen!

Aus den ersten 96 Reaktionen auf unsere Fragen können wir fünf Antworttypen erkennen:

- Gründliche und ausführliche Antworten, die eine gute Transparenz ermöglichen.
- „Ich antworte nicht“ (z.B.: lasse meine Antwort nicht in starres Ja/Nein pressen).
- Die Antwort für alle (Grünen-Fraktions-Spitze gab für ihre Abgeordneten eine „Nicht-Antwort“ ab – eine Art Entmündigung?).
- Ich brauche Zeit und antworte später.
- Ich stimme eindeutig zu (Die LINKE, teilweise SPD).
- Ich stimme nicht oder nur teilweise zu (vor allem CDU, teilweise SPD).

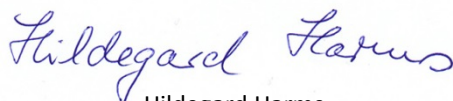
Wir wünschen uns keine nichtssagenden Statements oder „Placebo-Lösungen“, die häufig so wahrgenommen werden: "Politikerinnen und Politiker sprechen gerne von Solidarität, dabei meinen sie sich aber nie selbst, immer nur die gesetzlich Versicherten."

Deshalb werden wir dokumentieren, nachhaken und Transparenz herstellen.

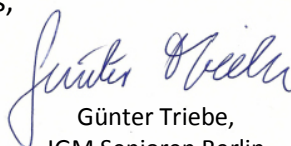
Das ist wichtig, damit die Wählerinnen und Wähler sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 mit ihren Abgeordneten bzw. Kandidatinnen und Kandidaten auseinandersetzen können. Auf Wahlveranstaltungen, an Info-Ständen, in Wahlkreisbüros, über Briefe, E-Mails, Telefon...

Es wird nicht funktionieren, das Thema Rente aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten, wie es Kanzlerin Merkel und andere beabsichtigen.

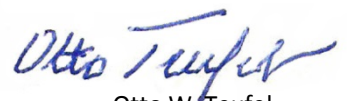
Für den RENTENPOLITIK-WATCH Trägerkreis,



Hildegard Harms,
ver.di und DGB Senioren Hamburg



Günter Triebe,
IGM Senioren Berlin



Otto W. Teufel,
ADG München

Kontakt: kontakt@rentenpolitikwatch.de

Reiner Heyse, 04322/691830 bzw. 01704730852

Anhang: Brief an die Bundestagsabgeordneten und Erläuterungen zu den fünf Fragen.
Unsere Pressemitteilung vom 11.4.2016.